

Anfragen zum Plenum

in der 26. Kalenderwoche

Verzeichnis der Fragenden mit Fragen (alphabetisch)

Benjamin Adjei
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Bezugnehmend auf die Ankündigung der Staatsregierung nach der Kabinettsklausur zum Staatshaushalt am 02.06.2025, wonach Schülerinnen und Schüler künftig erst ab der 8. Klasse mit mobilen Endgeräten ausgestattet werden, frage ich die Staatsregierung, inwiefern begründet sie diese Kehrtwende, insbesondere in Hinblick auf die plötzliche Zusatzbelastung für Schulfamilien, deren Planungen für das nächste Schuljahr nun hinfällig und Neukonzeptionierungen notwendig sind, welche Schulen haben im Schuljahr 2024/2025 im Rahmen der „Digitale Schule der Zukunft (DSdZ)“ bereits Klassen aus den Jahrgangsstufen 5, 6 und 7 als DSdZ-Klassen gemeldet (bitte tabellarisch angeben nach Jahrgangsstufe und Schulart) und welche Unterstützungen leistet die Staatsregierung im Zuge dessen für betroffene Schulen und die dazugehörige Schulfamilie?

Horst Arnold
(SPD)

Unter Bezugnahme auf den Artikel der Zeitschrift „Jagd in Bayern“ des Bayerischen Jagdverbandes (BJV), Ausgabe 06/2025, Seite 7 – 11, in dem Forstlichen Gutachten unter anderem „massive Mängel sowohl bei der Neutralität der Ersteller als auch bei der Erstellung selbst“ attestiert werden, insbesondere der veröffentlichten Behauptung (Seite 11), dass sich Bayern enorme Steuergelder sparen könne, und der immer noch gelebte Versuch des Staatsministeriums für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus, das „Thessenvitz-Papier“ trotz aller gegenteiligen Beteuerungen umzusetzen, frage ich die Staatsregierung, wie sie mit den inhaltlichen Behauptungen des Artikels umgeht, ob diese zutreffen und die geäußerte Kritik bei der zukünftigen Erstellung Forstlicher Gutachten auch im Rahmen der öffentlichen Erörterung desselben explizit Berücksichtigung findet, zumal der BJV als anerkannter Naturschutzverband über eine Verbandsklagebefugnis verfügt?

Oskar Atzinger
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Fälle von Ausländern ohne legalen Aufenthaltsstatus, bei denen eine kieferorthopädische Behandlung in Anspruch genommen wurde, sind der Staatsregierung seit 2015 bekannt, in denen dadurch Abschiebungen oder Ausreisen verhindert oder verzögert wurden (bitte die jährliche

Anzahl von einschließlich 2015 bis einschließlich 2024 angeben), inwieweit ist der Staatsregierung bekannt, dass kieferorthopädische Behandlungen als Mittel genutzt werden, um Abschiebungen zu umgehen und wie war die Struktur der Kostenübernahme für kieferorthopädische Behandlungen von Asylsuchenden oder Geduldeten in Bayern im Jahr 2023 oder 2024 (bitte aufgeschlüsselt nach Kostenübernahme im Rahmen von Asylleistungen, gesetzlicher Krankenversicherung und privaten Zahlungen)?

Nicole Bäumler
(SPD)

Nachdem die restlichen 480 Schulen für das Startchancen-Programm ausgewählt wurden, frage ich die Staatsregierung, ob die von ihr aufgestellten Kriterien zuerst über alle Schulen gelegt wurden und anschließend strikt nach Reihenfolge vorgegangen wurde bei der Auswahl oder ob zuerst eine Auswahl der Schular ten erfolgte und anschließend die aufgestellten Indizes angewandt wurden?

Johannes Becher
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, warum muss für einen sogenannten Cannabis-Club im Gegensatz zu anderen Bundesländern in Bayern extra ein „sonstiges Sondergebiet“ ausgewiesen werden, welcher Mehrwert ergibt sich durch diese Ausweisungspflicht konkret in der Praxis, wenn – wie am Beispiel des TMC in Nörting – eine bestehende Gewerbehalle in ein „sonstiges Sondergebiet“ überführt würde und wie passt der hohe zusätzliche bürokratische Aufwand für die Ausweisung eines „sonstigen Sondergebiets“ zum erklärten Ziel des Bürokratieabbaus?

Franz Bergmüller
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Straftaten bringt die Staatsregierung bis zum Zeitpunkt der Beantwortung dieser Anfrage zum Plenum in Bayern in Zusammenhang mit der Vernichtung der unterirdischen Anlagen zur Anreicherung von Uran im Iran und/oder in Zusammenhang dem Konflikt Iran/Israel;¹ wie viele Kundgebungen, hat die Staatsregierung bis zum Zeitpunkt der Beantwortung dieser Anfrage zum Plenum in Bayern in Zusammenhang mit der Vernichtung der unterirdischen Anlagen zur Anreicherung von Uran im Iran und/oder in Zusammenhang dem Konflikt Iran/Israel im selben Zeitraum festgestellt (bitte Ort, Thema der Kundgebung, Anzahl der Teilnehmer und Dauer der Kundgebung offenlegen) und durch welches Merkmal grenzt die Staatregierung – in diesem Zusammenhang – den Begriff „antiisraelisch“ von „antisemitisch“ ab?

Andreas Birzele
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, warum die Fördermittel für kommunales Bauen in Holzbauweise im Fall Wackersberg nicht bewilligt wurden, obwohl die Planung bereits an den Anforderungen der Holzbauförderung ausgerichtet war, wie viele Anträge in welcher Höhe derzeit noch offen sind und welche konkreten Maßnahmen die Staatsregierung plant, damit zukünftige Bauprojekte der bayerischen Kommunen in nachhaltiger Bauweise verlässlich

¹ vgl. Baden-Württemberg: <https://www.bild.de/regional/baden-wuerttemberg/hass-auf-israel-kripo-prueft-moegliche-brandstiftung-gegen-firma-6857b05ab81d71087ecffc59>

Cemal Bozoğlu
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

gefördert werden?

Ich frage die Staatsregierung, ob nach ihrer Kenntnis oder in Zusammenarbeit mit ihr im Kontext des Verbots des Vereins „Königreich Deutschland“ durch das Bundesministerium des Innern in Bayern Maßnahmen durchgeführt wurden, wie die Relevanz des Verbots für Bayern eingeschätzt wird und welche Aktivitäten und Strukturen des Vereins in Bayern im Jahr 2024 bekannt sind (bitte mit genauen Angaben zu Immobilien und lokalen Vereinsstrukturen sowie Ort, Datum, Kurzbeschreibung, ungefähre Teilnehmendenzahl der Aktivitäten angeben)?

Florian von Brunn
(SPD)

Nachdem die geplante gemeinsame Allianz von Deutscher Telekom, Schwarz Digits, IONOS, SAP und Siemens für eine gemeinsame Interessenbekundung bei der EU-Ausschreibung für AI (KI) Gigafactories gescheitert ist, sich jetzt mehrere konkurrierende Initiativen gebildet haben und die Einzelinitiative von IONOS nach mehreren Medienberichten von Bayern unterstützt wird, frage ich die Staatsregierung, ob nach Ansicht der Staatsregierung einzelne „partikularistische“ Lösungen angesichts der Konkurrenz und Vorreiterstellung amerikanischer und chinesischer Konzerne sinnvoll sind, was die Staatsregierung in den letzten Monaten konkret dazu beigetragen hat, doch eine gemeinsame deutsche Lösung zu erreichen und wie die Staatsregierung die Standortvoraussetzungen für eine KI Gigafactory in Bayern sicherstellen will, insbesondere mit Blick auf die Energieversorgung eines solchen energiehungrigen Rechenzentrums, die in Medienberichten in Frage gestellt wird?

Dr. Markus Büchler
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wird sie zur am 09.04.2025 in Kraft getretenen Novelle der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zur Straßenverkehrsordnung (VwV-StVO) ergänzende Vollzugshinweise oder andere Vorgaben für Straßenverkehrsbehörden beispielsweise in Form eines Innenministeriellen Schreibens oder eines Erlasses etc. herausgeben, bis wann ist damit zu rechnen und beabsichtigt die Staatsregierung darin, den Ermessensspielraum bei den bundesgesetzlich neu hinzugewonnen Anordnungsmöglichkeiten für Verkehrsberuhigung einzuengen?

Kerstin Celina
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Angesichts des Beschlusses der Ministerpräsidentenkonferenz (MPK) am 18.06.2025 in Berlin, in dem es beim Thema der Verwendung des Anteils des Sondervermögens des Bundes an die Länder heißt „Bund und Länder sind sich deshalb einig, dass insbesondere die Zusätzlichkeit entfällt, die Verwendungsbreite bei der Umsetzung (auch auf Bereiche wie etwa Sport, Kultur, Innere Sicherheit, Wasserwirtschaft und Wohnungsbau erstreckt) erweitert wird und eine Doppelförderung ermöglicht wird“, frage ich die Staatsregierung, wie dieser Beschluss, insbesondere vor dem Hintergrund der Festlegung des Kriteriums Zusätzlichkeit im Art. 143h des Grundgesetzes, auf die Aussage des Ministerpräsidenten Dr. Markus Söder zu verstehen ist, der im März im Bundesrat gesagt hatte, dies sei „kein Selbstbedingungsladen für irgendwelche Projekte, die immer schon mal gemacht werden soll-

ten“, ob die Staatsregierung trotz des oben genannten, mit bayerischer Zustimmung gefassten MPK-Beschlusses beabsichtigt, die zusätzlichen Finanzmittel aus dem Sondervermögen nur für zusätzliche Investitionen zu nutzen und welche konkreten Möglichkeiten die Staatsregierung sieht, die zusätzlichen Finanzmittel für dringend notwendige Hitzeschutz-Förderprogramme (z. B. in den Bestandsgebäudebau kommunaler und sozialer Träger oder zur Unterstützung bei der Pflanzung innerörtlicher Bäume) zu investieren, da es dafür bislang kein spezielles staatliches Förderprogramm gibt und die somit das Kriterium der „Zusätzlichkeit“, das die Staatsregierung ja bislang für richtig hielt, erfüllen würde (bitte angeben, welche Förderprogramme im Bereich Hitzevorsorge die Staatsregierung vorsieht bzw. welche es schon gibt)?

Maximilian Deisenhofer
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Vor dem Hintergrund des aktuellen Hitzechecks der Deutschen Umwelthilfe² frage ich die Staatsregierung, wie haben sich in den vergangenen fünf Jahren in den bayerischen Klimaregionen Alpen, Alpenvorland, Südbayerisches Hügelland, Donauregion, Ostbayerisches Hügel- und Bergland, Mainregion und Spessart-Rhön jeweils die Jahresmitteltemperatur, die Anzahl der „heißen Tage“ (das heißt Tage, deren höchste Temperatur oberhalb von 30 Grad Celsius lag) sowie die Anzahl der „Tropennächte“ (das heißt Nächte, deren niedrigste Temperatur 20 Grad Celsius nicht unterschritt) verändert, inwiefern haben sich in den vergangenen fünf Jahren in den genannten bayerischen Klimaregionen Art und Anzahl der Rettungsdiensteinsätze in Phasen extremer Hitze verändert und wie hat sich der Anteil versiegelter Böden an den für Siedlung und Verkehr beanspruchten Flächen in Schwaben von 2015 bis heute entwickelt (bitte aufgeschlüsselt nach Gebietskörperschaften)?

Rene Dierkes
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, was ist ihr über eventuelle Vorstrafen des 37-jährigen tatverdächtigen Serben bekannt, der in der Nacht nach dem Champions-League-Endspiel in Ramersdorf eine Frau (34) und einen Mann (36) mit dem Messer attackiert und schwer verletzt haben soll, wie lange lebt er schon in Deutschland und über welchen Aufenthaltsstatus verfügt er?

Katrin Ebner-Steiner
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Ehen wurden in den Jahren von 2014 bis 2024 in Bayern geschlossen, bei denen mindestens ein Ehepartner jünger als 18 Jahre war, in wie vielen dieser Fälle handelt es sich bei mindestens einem Partner um einen Ausländer und in wie vielen Fällen wurden Ehen mit mindestens einem minderjährigen Ehepartner durch bayerische Behörden anerkannt (bitte nach Jahren und Nationalität aufschlüsseln)?

Martina Fehlner
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, was sind die genauen Gründe, mit denen sich das Landratsamt Würzburg an die Regierung von Unterfranken gewandt hat, um zu klären, ob und inwieweit das Verfahren zur Ausweisung des Wasserschutzgebietes im Würzburger Westen wiederholt werden muss, welche Konsequenzen hätte das

² <https://www.duh.de/presse/pressemitteilungen/pressemitteilung/zweiter-hitze-check-der-deutschen-umwelthilfe-mehr-als-12-millionen-menschen-in-deutschen-staedten-v/>

für das laufende bergrechtliche Verfahren im Hinblick auf den Trinkwasserschutz und wie beurteilt die Staatsregierung die aktuelle Rechts- und Verfahrenslage zu beiden Verfahren?

Christiane Feichtmeier
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, gibt es Planungen, den S-Bahnhalt Weichselbaum (Lkr. Starnberg) zu reaktivieren, falls ja, wie ist das weitere Vorgehen und wann soll die Reaktivierung abgeschlossen sein?

Patrick Friedl
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Angesichts der Berichterstattung der Main-Post in Würzburg vom 15.06.2025 zu einer Vorlage des Landrats des Landkreises Würzburg an die Regierung von Unterfranken zur Prüfung „möglicher Verfahrensfehler“ beim Verfahren zur Erweiterung des Trinkwasserschutzgebiets „Zeller Quellstollen“ frage ich die Staatsregierung zu den im Beitrag genannten Punkten, welche Erkenntnisse liegen der Staatsregierung hinsichtlich der behaupteten möglichen Verschärfung des Wortlauts bei „Zwischenfrüchte vor Mais“ vor (sofern es eine geänderte Textvariante geben sollte, bitte Quelle, Zeitpunkt, Autor und Qualifizierung der Textvariante im Rahmen des Verfahrens angeben), wie schätzt die Staatsregierung die Vorlage einer „eventuellen Vorwegnahme des Verfahrensergebnisses“ der Amtsleiterin der Verfahren leitenden Wasserbehörde am Landratsamt durch den Landrat an die Regierung von Unterfranken im Hinblick auf eine mögliche „Voreingenommenheit“ des Landrats selbst in Sachen Wasserschutzgebietsverfahren im Hinblick auf die Frage, ob damit inzwischen doch hinreichend Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass das Wasserschutzgebietsverfahren nicht ordnungsgemäß durchgeführt wird, sodass eine Weisung gegenüber dem Landrat nötig werden könnte, ein, und wie bewertet die Staatsregierung, dass die öffentliche Beteiligung noch immer nicht abgeschlossen ist, weil „Einwender noch bis Ende Juli zu einem Gutachten aus dem Jahr 1991 Stellung nehmen“ können sollen, im Blick auf die Verfahrensökonomie und das Ziel effizienter und zielgerichteter Verwaltungsverfahren gerade bei so wichtigen Verfahren, wie hier zum verbesserten Trinkwasserschutz?

Barbara Fuchs
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie ist der aktuelle Stand des geplanten Berufsbildungszentrums der Kfz-Innung München, das laut früheren Ankündigungen mit bis zu 10 Mio. Euro aus der Hightech Agenda Bayern gefördert werden soll, welche konkreten Aufgaben soll das geplante Berufsbildungszentrum der Kfz-Innung München übernehmen – insbesondere mit Blick auf die neuen Qualifikationsanforderungen in der Aus- und Weiterbildung und inwiefern unterscheidet es sich von bestehenden Berufsbildungszentren?

Mia Goller
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, ob es rechtens ist, dass bayerische Beamte der Qualifikationsebene 3, die beispielsweise als stellvertretende Bauamtsleitung in einer Kommune tätig sind, kein politisches Ehrenamt, wie beispielsweise als Ortsvorsitzende einer Partei, ausüben dürfen und bitte in diesem Zusammenhang um Auskunft zu den rechtlichen Grundlagen des Bayerischen Beamten-

rechts, möglichen generellen Einschränkungen sowie den Kriterien einer möglichen Einzelfallprüfung?

Sabine Gross
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie schätzt sie die Verkehrssicherheit von E-Scootern und Pedelecs im Straßenverkehr ein, welche Erhebungen hat die Staatsregierung bisher hierzu durchgeführt und welche Maßnahmen will sie ergreifen, um den steigenden Zahlen von teils tödlichen Unfällen unter Beteiligung von E-Scootern und Pedelecs entgegenzuwirken?

Volkmar Halbleib
(SPD)

Bezugnehmend auf den Main-Post-Artikel vom 23.06.2025 „Das System ist krank und absolut nicht sozial“ über den Pflegenotstand im Landkreis Kitzingen frage ich die Staatsregierung, wie viele Pflegeplätze (ambulant, teilstationär und stationär) sind im Regierungsbezirk Unterfranken eingerichtet, wie viele hiervon stehen derzeit tatsächlich zur Verfügung (aufgelistet nach Regierungsbezirken, Landkreisen und kreisfreien Städten) und was ist jeweils der Grund für die fehlende Auslastung, insbesondere fehlendes Personal?

Andreas Hanna-Krahl
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Da laut einem Bericht aus dem Merkur drei Cannabis-Social-Clubs, die vom Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (LGL) eine Anbaugenehmigung erhalten haben, wegen baurechtlicher Fragen – nachdem das Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr die drei zuständigen Landratsämter entsprechend angewiesen hatte – umgehend wieder schließen mussten, frage ich die Staatsregierung, was genau hat sie gegenüber den drei zuständigen Landratsämtern angeordnet (bitte die auf Seiten der Staatsregierung handelnde Behörde, Inhalt der Anordnung und Gründe angeben), warum erfolgt diese Untersagung zu Lasten aller drei vom LGL genehmigten Cannabis-Social-Clubs in Bayern erst jetzt nach Entscheidung des LGL, ohne vorherige Ankündigung und obwohl einzelne Bauämter die Nutzung von Grundstücken für den Anbau von Cannabis den Clubs den antragstellenden Cannabis-Social-Clubs bereits freigegeben bzw. zugesagt hatten (s. Merkur-Bericht) und wieso sind entsprechende baurechtliche Fragen kein Versagensgrund in anderen Bundesländern wie Nordrhein-Westfalen, wo bereits eine Vielzahl an Clubs zugelassen sind bzw. wie bewertet die Staatsregierung, insbesondere Staatsminister für Wohnen, Bau und Verkehr Christian Bernreiter, diese Anordnung vor dem Hintergrund der Pflicht aus dem Grundgesetz zur Ausführung von Bundesgesetzen?

Ludwig Hartmann
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, ob nach ihrer Einschätzung eine „Städtebauliche Entwicklungsmaßnahme“ (SEM) samt aller Möglichkeiten und Pflichten des Baugesetzbuches nach § 165 ff, inklusive dem Einfrieren von Grundstückspreisen, auch dann durchgeführt und umgesetzt werden kann, wenn das eigentliche Ziel, die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum, erst als Zweitnutzung erreicht werden kann und die Erstnutzung z. B. ein Olympisches Dorf für Athletinnen und Athleten beinhaltet und somit die gesetzlich geforderte „zügige Durchführung“ der Zweitnutzung und das Wohl der Allgemeinheit der Erstnutzung

Christian Hierneis
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

zumindest in Frage gestellt werden kann?

Ich frage die Staatsregierung, wer konkret ist Eigentümer/Ansprechpartner des „Max-Planck-Geländes“ neben der Studentenstadt (Max-Planck-Institut für Physik – Werner Heisenberg Institut, Föhringer Ring 6) (bitte auch genauen Umgriff der Liegenschaft darlegen), wie ist die aktuelle Situation des Instituts und der Gebäude (z. B. Leerstand, Umzug/Leerzug, Weiternutzung, Neunutzung, Abriss, Erhalt etc.) und welche Planungen hat die Staatsregierung mittel- und langfristig für das gesamte Gelände inklusive des dort befindlichen Tennisplatzes?

Andreas Jurca
(AfD)

Vor dem Hintergrund der Berichterstattung des ZDF vom 16.06.2025 über ein Massaker in Nigeria, bei dem Schätzungen zufolge mehr als 200 Menschen ermordet wurden, und bei dem die Berichterstattung den Klimawandel als „Konflikttreiber“ identifiziert und gleichzeitig den religiösen Hintergrund des Konflikts implizit und mit Verweis auf vermeintliche Experten als irrelevant beschreibt, frage ich die Staatsregierung, ob sie angesichts der einseitigen Schwerpunktsetzung des ZDF auf den Klimawandel Konsequenzen für die künftige Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks prüft?

Paul Knoblach
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Bezugnehmend auf die tierschutzrelevanten Vorfälle im Geflügelschlachthof in Wassertrudingen/Mittelfranken frage ich die Staatsregierung, wie weit die mit der Sichtung und Auswertung des Videomaterials der Tierschutzorganisation „Aninova“ beauftragte Bayerische Kontrollbehörde für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen (KBLV) nunmehr vorangeschritten ist, ob es richtig ist, dass die KBLV mitbeauftragt wurde mit der Durchsuchung des Betriebs und ob die Staatsregierung darin einen Interessenskonflikt sieht, wenn die KBLV mit Ermittlungen der Staatsanwaltschaft betraut ist, wenn gleichzeitig eine Garantenstellung für die Aufdeckung systemischer Fehler im Betrieb vorliegt?

Claudia Köhler
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Nach der von Bayern erreichten Entschließung des Bundesrates zu den Starkregen- und Hochwasserereignissen im Mai und Juni 2024 – BR-Drs. 516/24 – frage ich die Staatsregierung, inwieweit die neue Bundesregierung bisher auf diese Forderungen des Bundesrates eingegangen ist, wann mit einer finanziellen Hilfe des Bundes für Bayern zu rechnen ist und in welcher genauen Höhe Bayern diesbezüglich finanzielle Forderungen gegenüber dem Bund geltend gemacht hat?

Florian Köhler
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, stimmt es, dass moderne Windindustrieanlagen laut aktuellem technischen Stand eine deutlich höhere Energieausbeute erzielen und daher eine deutlich geringere Flächeninanspruchnahme der bayerischen Landesfläche ausreichen würde, anstatt der im Windflächenbedarfsgesetz (WindBG) sowie im Landesentwicklungsprogramm Bayern (LEP) festgelegten Ausbauziele von 2 Prozent bzw. 1,8 Prozent, wie viele Einwendungen wurden jeweils in den Jahren 2019, 2021, 2022, 2023 und 2024 im Rahmen von Planfeststellungsverfahren gemäß

§ 73 Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG) sowie im Rahmen von Genehmigungsverfahren nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) gegen Windenergievorhaben in Bayern insgesamt eingereicht und wie viele Klagen gegen Windkraftprojekte in Bayern wurden insgesamt jeweils in den Jahren 2019, 2021, 2022, 2023 und 2024 bei den zuständigen Verwaltungsgerichten erhoben?

Sanne Kurz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche Inhalte genau sind in den neuen Museums-Richtlinien zu finden, die zum 01.07.2025 in Kraft treten sollen (bitte im Wortlaut inkl. Zielsetzung der Novelle angeben), wann wurden die unmittelbar Betroffenen, also Museumsleitungen und Museums-Belegschaften, über die Inhalte und damit verbundenen neuen Strukturen, Rechte und Pflichten, die sich aus den Richtlinien ergeben können informiert bzw. bei der Erarbeitung der Eckpunkte bzw. der Richtlinie selbst mit eingebunden (bitte Gruppen angeben, die über die Planungen bzw. konkrete Eckdaten/Entwürfe der Richtlinie im Wortlaut informiert bzw. eingebunden wurden, sowie Zeitpunkt und Art und Weise dessen) und wie viel Zeit bleibt den Institutionen, um zu reagieren, z. B. nicht praktikable Neuregelungen anzupassen und/oder neue Vorgaben zu implementieren?

Eva Lettenbauer
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, in wie vielen Fällen wurden die für die Gewährung der Ausgleichszahlung für Gewässerrandstreifen im Rahmen der Wasserrahmenrichtlinie (GWZ) maßgeblichen Sachverhalte im Jahr 2024 und im laufenden Jahr 2025 im Regierungsbezirk Schwaben kontrolliert, an welchen Orten fanden die Kontrollen statt und wie häufig gab es Beanstandungen?

Oskar Lipp
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viel Geld hat die Staatsregierung seit der Ankündigung der Bayerischen Halbleiterinitiative im Oktober 2021 insgesamt sowie jeweils in den Jahren 2021, 2022, 2023 und 2024 für Maßnahmen im Rahmen dieser Initiative – insbesondere für Chipdesign, Forschung, Förderung von Unternehmen, Infrastruktur und Ansiedlungen – aufgewendet, zahlte der Freistaat im Rahmen der Kofinanzierung von IPCEI- oder EU-Chips-Act-Projekten seit einschließlich dem Jahr 2021 bis einschließlich dem Jahr 2024 mehr Landesmittel ein, als er durch Fördermittel des Bundes und der EU zurückerhielt (bitte Brutto-Netto-Verhältnis insgesamt sowie für die Jahre 2021, 2022, 2023 und 2024 aufschlüsseln) und wie viele neue Produktionsstätten für Halbleiterbauelemente (Fertigungsstätten) und neue Entwicklungs- bzw. Designlabors für Mikroelektronik und Chipdesign wurden seit der Ankündigung der Bayerischen Halbleiterinitiative im Oktober 2021 in Bayern neu geschaffen (falls möglich, bitte diese Vorhaben jeweils quantitativ und qualitativ beschreiben)?

Stefan Löw
(AfD)

Da die Rektorin einer Mittelschule in Bayern Eltern dazu aufforderte, darauf zu achten, dass ihre Kinder keine Kleidungsstücke von Marken die nach ihrer Auffassung Dresscodes extremistischer Gesinnung sind, zu tragen, frage ich die Staatsregierung, welche Kleidungsstücke und -hersteller sind nach Auffassung der

Staatsregierung Ausdruck einer extremistischen Gesinnung (bitte jeweils die politische Ausrichtung angeben) und inwiefern gibt es einen Unterschied zwischen Modemarken und religiösen Kleidungsstücken, die ebenfalls für eine religiös basierte politische Haltung stehen können (bitte auf das Tragen von Kopftüchern, Burkinis usw. eingehen) und inwiefern stehen Kopftücher, Palästina-Schals usw. für „Vielfalt, Toleranz und respektvolles Miteinander unabhängig von Herkunft, Religion und politischer Haltung“, wie die Rektorin in ihrem Elternbrief schreibt?

Roland Magerl
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, wie hoch ist die exakte Summe der gezahlten Wärmekosten seit 2019, auf welcher Grundlage wurden diese Kosten abgerechnet, und wer trägt die Verantwortung für die fehlende Kontrolle über sechs Jahre hinweg?

Christoph Maier
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, wie hoch sind die bisherigen Investitions- und laufenden Betriebskosten des Ankerzentrums Kempten, welche weiteren direkten und indirekten Folgekosten (z. B. für Infrastruktur, soziale Einrichtungen, Verwaltung und Sicherheit) entstehen dabei und wie viele Personen sind dort derzeit untergebracht (bitte nach Herkunftsregion, Altersgruppe und Aufenthaltsperspektive aufschlüsseln)?

Ferdinand Mang
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Beschäftigte in den Staatsministerien üben nach Kenntnis der Staatsregierung derzeit eine politische Funktion innerhalb der Partei CSU – Christlich-Soziale Union in Bayern e. V. (z. B. als Vorstandsmitglied, Parteifunktionär, Delegierter oder Mandatsträger) aus, soweit diese Funktionen im Rahmen dienstlicher Pflichten bekannt sind (z. B. aus Nebentätigkeitsanzeigen u. ä.)?

Johannes Meier
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, wie lauten die Vornamen der Tatverdächtigen, des Opfers sowie gegebenenfalls weiterer ermittelter Beteiligter, welche Staatsangehörigkeit besitzen die Tatverdächtigen, das Opfer sowie gegebenenfalls weitere ermittelte Beteiligte (bitte zusätzlich angeben: Herkunftsland im Falle einer Migrationsgeschichte, Aufenthaltsstatus, Zeitpunkt der Einreise nach Deutschland und ggf. Asyl-, Duldungs- oder Einbürgerungsgeschichte) und was genau ist über Vorstrafen oder polizeibekannte Delikte der Tatverdächtigen bekannt (insbesondere im Bereich Gewalt-, Eigentums- oder Drogendelikte)?

Ruth Müller
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele ha Grünfläche wurden in den vergangenen zehn Jahren in Bayern versiegelt (bitte aufgelistet nach Jahren, Regierungsbezirken, Landkreisen, Kommunen und kreisfreien Städten sowie Art der neuen Nutzung angeben), wie viele ha davon waren landwirtschaftlich genutzte Flächen (bitte aufgelistet nach Jahren, Regierungsbezirken, Landkreisen, Kommunen und kreisfreien Städten sowie Art der neuen Nutzung angeben) und wie viele ha ökologisch wertvolle Ausgleichsflächen und landwirtschaftliche Tauschflächen sind dafür entstanden (bitte aufgelistet nach Jahren, Regierungsbezirken, Landkreisen, Kommunen und kreisfreien Städten angeben)?

Benjamin Nolte
(AfD)

Angesichts der Zunahme der Gewaltkriminalität im Münchner Nahverkehr um 18,9 Prozent im Jahr 2024, frage ich die Staatsregierung, welche konkreten Maßnahmen ergreift sie, um die Sicherheit in Bahnhöfen und öffentlichen Verkehrsmitteln zu erhöhen, wie bewertet die Regierung die Ursachen für den Anstieg der Gewaltkriminalität, insbesondere in Bezug auf migrationspolitische Entwicklungen und sind zusätzliche Mittel für Sicherheitskräfte oder Überwachungssysteme geplant, um sogenannte Angsträume zu beseitigen?

Verena Osgyan
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, ob das „Gesetz zur Förderung der Bundeswehr in Bayern“ schon angewendet wurde, wenn ja, zu welchen Anlässen und wenn ja, mit welcher Begründung?

Tim Pargent
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vor dem Hintergrund der im Artikel „Ein kräftiger Schluck aus der Pulle?“ (Abendzeitung München, 31.05.2025) geschilderten massiven Einspruchswelle frage ich die Staatsregierung, wie viele Einsprüche sind gegen Grundsteuerbescheide seit Inkrafttreten der Reform in Bayern insgesamt eingegangen (bitte absolut und prozentual zu allen Bescheiden), wie ist der aktuelle Bearbeitungsstand dieser Einsprüche in den bayerischen Finanzämtern (bitte aufschlüsseln nach erledigten und noch offenen Einsprüchen sowie Angabe der durchschnittlichen Bearbeitungsdauer) und aus welchen Gründen wurden Einsprüche gegen die Grundsteuerbescheide in Bayern überwiegend eingelegt?

Anna Rasehorn
(SPD)

Nachdem in Gelsenkirchen und Mönchengladbach aufgrund aktueller Bedrohungslagen die Veranstaltungen zu den jeweiligen Christopher Street Days (CSD) abgesagt werden mussten und in Regensburg kann der CSD dieses Jahr aufgrund einer Bedrohungslage nur stark eingeschränkt stattfinden, frage ich die Staatsregierung, wie unterstützt die Staatsregierung die Kommunen dabei, CSDs als sichere Räume für queere Sichtbarkeit zu garantieren, wie bewertet die Staatsregierung die Gefahr, dass durch zunehmende Bedrohungen queere Veranstaltungen eingeschränkt oder abgesagt werden und welche Maßnahmen werden ergriffen, um das zu verhindern?

Doris Rauscher
(SPD)

Nachdem mit dem KiTa-Qualitätsgesetz (KiTaQG) der Bund die Länder in den Jahren 2023 bis 2026 mit insgesamt rund 8 Mrd. Euro bei Maßnahmen zur Weiterentwicklung der Qualität und zur Verbesserung der Teilhabe in der Kindertagesbetreuung unterstützt, das Gesetz zum 01.01.2025 inhaltlich weiterentwickelt wurde und somit künftig eine stärkere Fokussierung auf zentrale Qualitätshandlungsfelder vorsieht und dabei zwei Handlungsfelder für alle Länder verpflichtend sind, zum einen die Gewinnung und Sicherung von Fachkräften als auch die sprachliche Bildung und Maßnahmen zur Beitragsentlastung nur noch bis zum 31.12.2025 mit Bundesmitteln umgesetzt werden können, frage ich vor diesem Hintergrund die Staatsregierung, wann ist mit dem Abschluss der Bund-Länder-Vereinbarung für Bayern zur Umsetzung des KiTaQG zu rechnen, in welche konkreten Handlungsfelder beabsichtigt die Staatsregierung die Bundesmit-

tel zu investieren (bitte um detaillierte Auflistung der geplanten Maßnahmen und deren Finanzvolumen) und welche Planungen bestehen für die Weiterführung des Beitragszuschusses in Bayern ab dem Jahr 2026, wenn eine Finanzierung durch Bundesmittel nicht mehr möglich ist?

Markus Rinderspacher
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Brücken in Bayern entsprechen nicht mindestens dem NATO-Standard Military Load Classification MLC70, damit sie zumindest von Leopard 2 – Panzern mit 63 Tonnen plus überquert werden können, was würde es schätzungsweise kosten, diese Brücken panzertauglich zu machen, welche konkreten Strategien und Maßnahmenplanungen verfolgt die Staatsregierung, die Brückeninfrastruktur Bayerns – oder die relevanten Teile davon – auf die Standards MLC70, MLC80 und MLC100 zu heben?

Elena Roon
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, wie sich die Zahl der Gewaltstraftaten gegen Männer in Partnerschaften (häusliche Gewalt) in Bayern in den letzten fünf Jahren entwickelt hat, welche Gewaltstraftaten dabei am häufigsten waren und wie ist im selben Zeitraum die Entwicklung der Partnerschaftstötungen an Männern im Vergleich zu denen an Frauen zu bewerten?

Harry Scheuenstuhl
(SPD)

In Anbetracht der dringend notwendigen Bedarfsplanungen für Kita-Plätze und der schulischen Ganztagsbetreuung frage ich die Staatsregierung, wie war die Bevölkerungsentwicklung im Landkreis Fürth bei den einzelnen Kommunen in den Jahren 2016 bis einschließlich 2024 (bitte aufgegliedert nach den einzelnen Kommunen und nach den Altersjahren 1, 2, 3, 4, ... bis einschließlich 21 in den jeweiligen Jahren, beginnend ab 2016 bis einschließlich 2024 angeben) und welche Bevölkerungsentwicklung erwartet die Staatsregierung für die jeweiligen Kommunen ab 2025 bis einschließlich 2035 (bitte aufgegliedert wiederum nach den einzelnen Kommunen und den Altersjahren 1, 2, 3, 4, ... bis einschließlich 21 in den jeweiligen Jahren angeben)?

Franz Schmid
(AfD)

Vor dem Hintergrund einer tödlichen Messerattacke auf einen 15-Jährigen am Brombachsee frage ich, welche Staatsangehörigkeit(en) die Tatverdächtige(n) hat/haben, ob sie Migrationshintergrund hat/haben und wie oft das Tatmittel Messer jeweils im Jahr 2022, 2023, 2024 von jeweils deutschen weiblichen Staatsangehörigen bzw. ausländischen weiblichen Staatsangehörigen bzw. deutschen männlichen Staatsangehörigen verwendet bzw. ausländischen männlichen Staatsangehörigen verwendet wurde?

Toni Schuberl
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In Anbetracht der nachträglichen Nutzungsuntersagung von bereits bestehenden und genehmigten Vereinsheimen, da diese aufgrund fehlender Gewerblichkeit in keine Kategorie der Baunutzungsverordnung fallen würden und einer Ausweisung eines Sondergebiets bedürfen (Nutzungsuntersagung für Anbauvereine nach dem Konsumcannabisgesetz nach Anordnung des Staatsministeriums für Wohnen, Bau und Verkehr (StMB), Az. StMB-25-4160-6-65-51), frage ich die Staatsregierung, welche weiteren

Vereine (gemeinnützig und nicht gemeinnützig, wie z. B. Freizeit-, Hobby- und Geselligkeitsvereine, Fanclubs, Spendenvereine, Fremdenverkehrsvereine, Dorferneuerungsvereine, politische Gruppen, Burschenschaften) in Bayern ihre Tätigkeit aufgrund dieser neuen Einschätzung des StMB einstellen mussten oder noch müssen, nach welchen Kriterien die Staatsregierung gegen bestehende oder noch zu genehmigende Vereinsheime oder ähnliche Einrichtungen vorgehen wird und worin die Staatsregierung hinsichtlich der baurechtlichen Genehmigung den Unterschied sieht zwischen einem Cannabis-Anbauverein und beispielsweise einem Modellfliegerverein, bei dem die Mitglieder in einem Vereinshaus in einem Gewerbegebiet ohne Gewinnabsichten Modellflieger bauen?

Stephanie Schuhknecht
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche Auswirkungen hat die Novelle des Jahressteuergesetzes auf Institutionen wie z. B. Archive, Bibliotheken und Volkshochschulen, also all jene Institutionen, Vereine oder sonstigen Akteurinnen und Akteure, die im weitesten Sinne Bildungsleistungen anbieten, welche bisher befreit waren von Umsatzsteuer, mit welcher Unterstützung können die benannten Institutionen vonseiten des Freistaates rechnen, um den bürokratischen Aufwand für die Implementierung der Veränderungen durch das Jahressteuergesetz so gering wie möglich zu halten und insbesondere personell dünn besetzte Institutionen zu unterstützen und inwieweit stehen die zu erwarteten Einnahmen durch die steuerliche Anpassung im Verhältnis zum bürokratischen Aufwand und Abwicklungskosten der neuen steuerlichen Situation wie z. B. Steuer- und Rechtsberatung, der z. B. für Archive, Bibliotheken und Volkshochschulen entsteht?

Florian Siekmann
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie vielen jüdischen und israelischen Einrichtungen in Bayern aktuell Objektschutz gewährt wird, ob angedacht ist, diese Zahl wegen der Drohungen des iranischen Regimes zu erhöhen und wie viele Hinweise auf konkrete Gefährdungen von jüdischen und israelischen Einrichtungen in Bayern aktuell vorliegen?

Ulrich Singer
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, wie häufig werden Flurdenkmäler in Bayern im Zusammenhang mit Bau- und Infrastrukturmaßnahmen versetzt, welche konkreten Versetzungen gab es in den letzten drei Jahren in Bayern, und wie beurteilt die Staatsregierung die Auswirkungen möglicher Versetzung solcher Denkmäler auf die Wahrnehmung und Bedeutung lokaler Kulturlandschaften?

Ursula Sowa
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, warum plant das Landratsamt Rosenheim das Wasser und Abwasser für die geplante Sammelunterkunft in Rott am Inn per LKW an- und abzuliefern und sind andere Standorte in Bayern bekannt, an denen diese Versorgung per Lkw durchgeführt wird und mit welchen Kosten ist dafür zu rechnen?

Dr. Simone Strohmayr

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Lehrkräfte fehlten im

(SPD)	Schuljahr 2024/2025 in Bayern (bitte aufgeschlüsselt nach Regierungsbezirken, Landkreisen und kreisfreien Städten angeben) und sind Lehrkräfte in Bayern gleichermaßen über das gesamte Bundesland (z. B. Nord-Süd) verteilt oder gibt es regionale Unterschiede bei der Lehrkräfteverteilung (bitte aufgeschlüsselt nach Schularten angeben)?
Martin Stümpfig (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	Ich frage die Staatsregierung, in welcher Form hat sie sich bei der neuen Bundesregierung dafür eingesetzt, dass die im Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD geplante Überprüfung des Referenzertragsmodells nicht dazu führt, dass der finanzielle Ausgleich für bayerische Anlagen reduziert wird und so die Wirtschaftlichkeit bei zukünftigen Windkraftprojekten in Bayern in Frage steht, welche Planungsregionen haben die notwendige Änderung des Regionalplans noch nicht abgeschlossen und stehen aufgrund der Überprüfung des Flächenziels vor einer Planungsunsicherheit und wie hoch schätzt die Staatsregierung die Verzögerung der Ausweisung der Windgebiete durch die vom Bundesgesetzgeber geschaffene Unsicherheit?
Arif Taşdelen (SPD)	Bezugnehmend auf meine Anfrage zum Plenum anlässlich der Plenarwoche in der 21. KW 2025 (Drs. 19/6865) frage ich die Staatsregierung, wie hoch die durchschnittliche Förderung der Ausreisepflichtigen war (bitte jeweils aufgeschlüsselt nach Ziel-land, Bundes- und Landesprogrammen angeben)?
Gabriele Triebel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	Ich frage die Staatsregierung, gibt es von Landesseite eine Bedarfserhebung zu den notwendigen zusätzlichen Maßnahmen, die sich jede Schule, die Teil des Startchancen-Programms ist, zukaufen kann, um die Programmziele zu erreichen und die Schulfamilie vor Ort bestens zu unterstützen, welche Unterstützungsmaßnahmen gibt es vonseiten des Staatsministeriums, die notwendigen Jugendsozialarbeit-Stellen zu schaffen (z. B. Aufteilung noch vorhandener Kontingente, Aufstockung vorhandener Stellen, Schaffung neuer Stellen mit Blick auf das 2026 greifende Stellenmoratorium o. ä) und sollten diese an den Startchancen-Schulen noch nicht vorhanden sein, welche vergaberechtlichen Vorgaben gelten dann für Schulen, sollten sie externe Leistungen zukaufen (also Markterkundungsaufgaben, Kriterien für Unternehmen oder Träger, an die vergeben wird etc.)?
Matthias Vogler (AfD)	Ich frage die Staatsregierung, wie ist der aktuelle Ermittlungsstand im Fall des verstorbenen Mädchens im Landkreis Bamberg, welche neuen Erkenntnisse gibt es zur Rolle der Pflegemutter, und wann wird mit einem Abschluss der Ermittlungen gerechnet?
Ruth Waldmann (SPD)	Ich frage die Staatsregierung, wie viele Anträge auf Reiseassistenz im Bezirk Oberbayern wurden in den Jahren 2023/2024 gestellt und abgelehnt, nach welchen Kriterien wird vom Bezirk Oberbayern die Erforderlichkeit im Rahmen der Eingliederungshilfe geprüft und welche Maßnahmen ergreift die Staatsregierung zur systematischen Beratung von Menschen mit Behinderung über ihre Rechte?

Laura Weber
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Vor dem Hintergrund, dass Antragsverfahren nach § 99 ff. Neuntes Buch Sozialgesetzbuch (SGB IX), wie Eingliederungshilfeleistungen – insbesondere Assistenz im Alltag oder bei Reisen ohne erkennbare Einzelfallprüfung abgelehnt werden, die Kriterien der Erforderlichkeit erscheinen unklar, und das Wunsch- und Wahlrecht gemäß § 8 SGB IX oft nicht aktiv berücksichtigt wird, frage ich die Staatsregierung, um hier einen Überblick über die Lage der Bewilligungspraxis im Bezirk Oberbayern zu bekommen, wie viele Anträge auf Eingliederungshilfe in den letzten zwei Jahren für den Bezirk Oberbayern bewilligt beziehungsweise abgelehnt worden sind?

Katja Weitzel
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie gestaltet sich die Preispolitik des Programms aller Staatstheater und Staatsopern in Bayern, inwiefern sind ermäßigte Ticketpreise für bestimmte Personengruppen – wie etwa Studierende, Auszubildende oder Seniorinnen und Senioren – geregelt und sind die Einrichtungen vom Staat verpflichtet, ein bestimmtes Kontingent an vergünstigten Tickets pro Veranstaltung für diese Gruppen bereitzustellen?

Andreas Winhart
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, welche Datenbasis ist nach Kenntnis der Staatsregierung für die Ermittlung der Gemeinderatsgröße hinsichtlich der Kommunalwahl 2026 ausschlaggebend, wie ist aus Sicht der Staatsregierung zu verfahren, wenn die Zahlen vom Zensus 2022 stark von den Daten der örtlichen Einwohnermeldeämter abweichen, und plant die Staatsregierung den faktischen Meldungen durch Einwohnermeldeämter im Gegensatz zur Zensusstatistik von 2022 per Verordnung oder per Gesetzesantrag den Vorzug zu geben?

Christian Zwanziger
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wird sie auf Landesebene an der kommenden TALIS-Studie (Teaching and Learning International Survey) der OECD teilnehmen (falls nein, bitte Gründe angeben), welche anderen Instrumente nutzt die Staatsregierung, um die datengestützte Personalentwicklung an Schulen voranzubringen und systemische Gründe für Überlastung aufzudecken, und wie haben sich die durchschnittlichen Fehlzeiten der Lehrkräfte an staatlichen Schulen in den letzten 10 Jahren entwickelt (bitte aufgliedern nach Schularten und unter gesonderter Angabe der Anzahl der begrenzt dienstfähigen Lehrkräfte)?